



Wohnraum muss bezahlbar bleiben ! SPD Langen greift ein

14:27:52 20.08.2016 Pressemitteilung 18/2016

Im Zuge der generellen Verteuerung von Mieten und Grundstückspreisen, aber auch infolge der Nebenkosten ist der Anteil an Ausgaben für Wohnraum in den letzten Jahren stark gestiegen. Erschwerend scheint sich nun der Brexit für das Rhein-Main-Gebiet auswirken zu können, da ein Umzug einiger Banken nach Frankfurt möglich ist. Auch in Langen sind die Mieten und Grundstücks-/Hauspreise wie Kosten gestiegen. Die SPD Langen will jedoch weiter bezahlbaren Wohnraum fördern. Daher ist sie nun verstärkt aktiv geworden.

Wohnraum muss bezahlbar bleiben. Dies war und ist eine Forderung der SPD Langen und gilt auch weiterhin. Gerade im Hinblick auf die zu erwartenden und ? erhofften positiven - Auswirkungen des Brexit auf den Wohnungsmarkt im Rhein-Main-Gebiet und insbesondere in Langen fordert die SPD, dass die bisher gute und anerkanntswerte Politik der Stadtverwaltung, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und zu erhalten, weiter betrieben wird.

Die SPD Langen wird daher die Stadtverwaltung in ihren Bemühungen, mit den ortsansässigen Vermietungsgesellschaften, Baugenossenschaft Langen eG, Nassauische Heimstätte und der Wohnungsbaugesellschaft der Stadtwerke Langen GmbH, einen Pakt für bezahlbaren Wohnraum zu schließen, unterstützen. Ziel dieses Paktes sollte eine freiwillige Verpflichtung der genannten Unternehmen sein, einen nennenswerten Anteil des jeweiligen Wohnungsbestandes zu einem Mietzins am unteren Rand der Marktmiete anzubieten.

Wir beobachten mit Sorge, dass es Normalfamilien, selbst mit zwei Einkommen, kaum noch möglich ist, eine angemessene Wohnung zu bezahlbaren Mieten zu bekommen. Wenn in Neubauten Kaltmieten von mehr als 13,00 ? pro Quadratmeter Wohnfläche verlangt wird, muss eine dreiköpfige Familie für eine 3 ? 4 Zimmerwohnung von 90 qm über 1.150,00 ? pro Monat zzgl. Nebenkosten bezahlen. Selbst bei zwei Vollverdienern mit durchschnittlichen Bruttoeinkommen bedeutet dies, dass fast ein Nettogehalt für die Miete zu entrichten ist.

Dies zu ändern, ist das Ziel sozialdemokratischer Politik - auch in Langen. Der angestrebte Pakt der Wohnungsbauunternehmen ist deshalb durch weitere städtische Maßnahmen zu flankieren. Die Stadt Langen sollte zum Beispiel über die Wohnungsbaugesellschaft der Stadtwerke Langen GmbH selbst zusätzlichen preiswerten Wohnraum schaffen, indem Mehrfamilienhäuser errichtet werden, in denen immer auch ein Anteil für Mieter mit geringem Einkommen vorgesehen ist. Dafür sind Finanzierungskonzepte zu erarbeiten, die den städtischen Haushalt nicht belasten. Die SPD fordert, die anstehende Erschließung der Neubaugebiete entlang der Liebigstraße für solche Projekte zu nutzen. Die Zeit ist günstig, zumal auch die zweckgebundene Fehlbelegungsabgabe, deren Wiedereinführung das Land Hessen beschlossen hat, einen finanziellen Beitrag leisten kann.

Materialien zum Thema

- [Diesen Artikel als PDF herunterladen](#)

Angebote zum Artikel

http://spd-langen.de/_cms/index.php?section=news&cmd=details&newsid=401&pdfview=1